

APA0039 5 AA 0388 AI/CI Siehe APA0405/03.02 Mi, 05.Feb 2014

Menschenrechte/Frauen und Männer/Wien/Hintergrund

Genitalverstümmelung: In Österreich bis zu 8.000 Frauen beschnitten

Utl.: Institut EIGE: Keine verlässlichen Daten vorhanden -
 Österreich gesetzlich gut aufgestellt bei Kampf gegen
 weibliche Genitalverstümmelung =

Wien (APA) - Schätzungen zur Verbreitung von weiblicher Genitalverstümmelung (FGM) sprechen von bis zu 8.000 bereits beschnittenen Frauen in Österreich. Das Europäische Institut für Geschlechtergerechtigkeit (EIGE) geht in einer Studie von 2013 davon aus, dass die überwiegende Mehrheit der Betroffenen afrikanischer und asiatischer Herkunft sei. Verlässliche Zahlen zu den Betroffenen gebe es aber nicht.

Am Donnerstag wird der Internationale Tag gegen FGM (Female Genital Mutilation) begangen. In Österreich gibt es bereits eine Reihe von gesetzlichen Regelungen zur Bekämpfung von weiblicher Beschneidung: FGM oder die Zustimmung dazu ist in Österreich seit 2001 per Gesetz verboten. Der Artikel 90 im Strafgesetzbuch ist seit 2012 auch extraterritorial anwendbar, um die im Ausland stattgefundene Beschneidung von Mädchen und Frauen strafrechtlich zu verfolgen.

Für in Gesundheitsberufen Beschäftigte in Österreich ist laut EIGE eine Meldung an die Behörden gesetzlich vorgeschrieben, wenn der Verdacht auf Genitalverstümmelung besteht. Das Nicht-Melden zog allerdings bisher keine strafrechtlichen Folgen nach sich.

Bei Asylanträgen wird eine potenzielle Bedrohung durch FGM berücksichtigt: Einer von der Österreichischen Plattform gegen weibliche Genitalverstümmelung stopFGM zitierten EU-Studie zufolge wurde bereits rund 20 Frauen wegen der Gefahr beschnitten zu werden in Österreich Asyl gewährt. Die Anträge von mindestens vier Frauen, die bereits beschnitten sind, wurden angenommen.

Weibliche Genitalverstümmelung beinhaltet das teilweise oder gänzliche Wegschneiden der weiblichen äußeren Genitalien ohne medizinische Begründung. FGM habe gesundheitsschädigende Folgewirkungen und könne auch zum Tod des Opfers führen, heißt es in der Studie.

Zur Durchführung von FGM nannte EIGE "kulturelle und soziale Gründe". Oftmals werde Genitalverstümmelung im Namen der Religion gerechtfertigt, auch wenn die religiöse Basis dazu zur Gänze fehle.

Mindestens sechs Organisationen widmen sich in Österreich dem Kampf gegen FGM: Dazu zählen die Plattform stopFGM, Bright Future, FEM Süd, Orient Express, FGM Hilfe in Kärnten und das Frauengesundheitsprogramm der Stadt Wien.

Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek sagte gemeinsam mit der Nationalratsabgeordneten und stopFGM-Sprecherin Petra Bayr (beide SPÖ) am Montag laut einer Presseaussendung dem Ritual den Kampf an. Heinisch-Hosek zufolge arbeite man "auf Hochtouren" an einem Nationalen Aktionsplan gegen Gewalt an Frauen, in dem Maßnahmen gegen FGM veranschlagt werden sollen. Durch "Prävention, Intervention und gute Zusammenarbeit mit NGOs" solle das Beschneiden von Frauen unterbunden werden.

(Schluss) elf/pek

APA0039 2014-02-05/08:01

050801 Feb 14